

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

*Eisenstadt am 4. April 2018*

**Selbstständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár,  
Mag. Christian Sagartz BA, Manfred Kölly, Mag<sup>a</sup>. Regina Petrik,  
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die  
Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland**

Die Europäische Union hat 2017 Pläne zur Implementierung einer EU-Arbeitsmarktaufsicht nach dem Vorbild der Bankenaufsicht vorgestellt. Diese Behörde, kurz ELA genannt, soll die Einhaltung der EU-Regeln zur Entsendung von Arbeitnehmern überwachen und den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping verstärken. Die ELA soll weiters die nationalen Behörden dabei unterstützen, besser zusammenzuarbeiten und bestehende Gesetze durchzusetzen sowie Inspektionen der Arbeitsplätze durchführen. Die Agentur soll als permanente Einrichtung bereits ab dem Jahr 2019 mit rund 140 Bediensteten und einem Jahresbudget von 50 Millionen Euro tätig werden.

Der burgenländische Arbeitsmarkt liegt an der so genannten „Wohlstandskante“ zu Ungarn und der Slowakei und ist daher besonders exponiert. Die Arbeitskräfte aus diesen östlichen Nachbarstaaten benötigen keine gesonderte Arbeitserlaubnis mehr, während sich die Lohnniveaus in den letzten Jahren kaum angenähert haben. Der Anteil ausländischer Tagespendler ins Burgenland sowie der damit verbundene Verdrängungsdruck am Arbeitsmarkt sind um ein Vielfaches höher als in anderen Regionen Europas.

Das Burgenland hat sich unter diesen besonderen Rahmenbedingungen als Spezialist für Arbeitsmarkttagenden etabliert und verfügt über hohe Expertise in den Bereichen Arbeit und Soziales. Die geographische Lage zwischen Ost und West, die hohe Priorität des sozialen Ausgleichs sowie die hohe Fachkompetenz sprechen für das Burgenland als künftigen Sitz der Europäischen Arbeitsagentur ELA.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die Übernahme des EU-Ratsvorsitzes dazu nutzen, die Ostregion Österreichs – insbesondere das Burgenland – als idealen Sitz der Europäischen Arbeitsagentur ELA zu positionieren.